Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

121 (27.5.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 121 — Freitag, den 27. Mai 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Im preußischen Landtag wurde der Nationalsozialist Kerrl zum Präsidenten, der Sozialdemokrat Wittmaack zum 1. Vizepräsidenten und der Zentrumsabgeordnete Baumhoff zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

*

Im preußischen Landtag kam es zu einer ungeheuren Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei der einige Abgeordnete erheblich verletzt wurden.

*

Die deutschnationale Reichstagsfraktion und der Reichsbund der Höheren Beamten haben je in einem Telegramm an den Reichspräsidenten gegen die durch eine neue Notverordnung beabsichtigte Mehrbelastung Stellung genommen.

*

Staatssekretär Dr. Meißner hat dem Reichspräsidenten in Neudeck Vortrag über die neue Notverordnung und die politische Lage gehalten und ist nach Berlin zurückgekehrt.

*

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat in einer Eingabe an die Reichsregierung Forderungen zu den aktuellen Wirtschafts-, Finanz- und sozialpolitischen Fragen aufgestellt.

*

Für die durch das Unwetter am Pfingstmontag geschädigten Gebiete im Landkreis Koblenz hat die preußische Regierung zunächst 30 000 Mark zur Verfügung gestellt.

*

In Hamburg gab es zwischen Polizei und Erwerbslosen erneut Zusammenstöße.

*

In der ersten japanischen Kabinettssitzung betonte Ministerpräsident Saito die Notwendigkeit eines weiteren Vorgehens Japans in der Mandschurei zum Schutze seiner Interessen.

*

Wie erst jetzt bekannt wird, hat man auf dem in Flammen aufgegangenen französischen Ostindien-Dampfer „Georges Philippar" vor seiner Ausfahrt aus dem Hafen von Port Said am Suez-Kanal bei einer genauen Untersuchung eine Höllenmaschine gefunden. Man nimmt immer mehr an, daß der Brand auf einen verbrecherischen Anschlag zurückzuführen ist.

*

Die Dessauer Zuckerraffinerie, der größte Dessauer Betrieb neben den Junkers-Werken, wird stillgelegt und die gesamte Belegschaft von 1300 Arbeitern gekündigt. Von dieser Maßnahme werden noch einige Lieferwerke betroffen.

Aus dem Steuerausschuß des Reichstages

T.U. **Berlin**, 25. Mai. Der Steuerausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit Anträgen zur Kapital- und Steuerflucht. Ministerialdirektor Dr. Zarden vom Reichsfinanzministerium teilte mit, daß infolge der Steueramnestie des Vorjahres 2 093 Millionen RM. bisher hinterzogene Vermögenswerte den Steuerbehörden angegeben worden seien. Daneben seien nicht unerhebliche Beträge ohne direkte Angaben deklariert worden. Von den 2 093 Millionen entfielen 898 Millionen auf ausländische Beteiligung. 170 Familienstiftungen hätten 48 Mill. Mark Vermögenswerte angegeben. An Einkommen seien 132 Mill. RM. für das Jahr 1930 nachträglich angemeldet worden. Die mit der Amnestie verbundene Reichsbahnanleihe habe bis zum 23. Mai ein Zeichnungsergebnis von 248 Mill. RM. aufgewiesen. Man könne annehmen, daß der größte Teil des gezeichneten Betrages unter die Amnestie falle.

Erschöpfendes Material über die Reichsfluchtsteuer liege noch nicht vor. In Berlin habe es 126 Fälle gegeben, für die die Bestimmungen der Reichsfluchtsteuer Geltung erlangt hätten. In 51 Fälle sei die Reichsfluchtsteuer festgesetzt worden, in 47 Fällen seien die Kapitalflüchtlinge zurückgekehrt. Im ganzen Reich seien bisher 10 Steuersteckbriefe erlassen worden. Die Kapitalflucht sei geringer geworden; man könne auch annehmen, daß geflüchtetes Kapital in nicht geringem Umfang inzwischen wieder der inländischen Verwendung wieder zugeführt worden sei.

Da die vorliegenden Anträge durch die gesetzgeberischen Maßnahmen im wesentlichen überholt waren, zogen die Sozialdemokraten ihre Anträge zurück, während die nationalsozialistischen und kommunistischen Anträge abgelehnt wurden.

Der Ausschuß befaßte sich dann mit einem Antrag auf allgemeines Verbot der Kopfsteuer. Die Vertreter aller Parteien, die das Wort ergriffen, erklärten, daß sie sich mit der Bürgersteuer in ihrer gegenwärtigen Form und Wirkung in keiner Weise befreunden könnten. Die Aussprache über die Kopfsteuer soll am Dienstag in Anwesenheit des Reichsfinanzministers fortgeführt werden. Der Minister hatte mitteilen lassen, daß bis dahin das Kabinett entscheidende Beschlüsse über die Weitererhebung der Bürgersteuer nicht fassen würde.

Saalschlacht im Preußen-Landtag

Ungeheuere Schlägerei im preußischen Landtag

Berlin, 25. Mai. Im preußischen Landtag kam es heute zu ungeheuren Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, wie sie sich in diesem Ausmaß im Deutschen Reich noch nicht zugetragen haben. Der kommunistische Abgeordnete Pieck hatte in einer Geschäftsordnungsdebatte den Nationalsozialisten zugerufen, daß in ihren Reihen Mörder säßen. Darauf stürzten die Nationalsozialisten mit drohenden Gebärden und Entrüstungsrufen auf die Rednertribüne zu, die Kommunisten taten das gleiche, um ihren Redner zu schützen. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf von den Kommunisten dem nationalsozialistischen Abgeordneten Hinkler ins Gesicht geschlagen wurde. Auch wurde nach den Nationalsozialisten mit Tintenfässern geworfen. Das war für die Nationalsozialisten das Signal auf die Kommunisten einzustürmen. Es entspann sich eine gewaltige Schlägerei, in deren Verlauf nicht nur mit Fäusten aufeinander losgeschlagen wurde, sondern auch Tintenfässer, gläserne Lampenschirme, Wasserflaschen und Möbelstücke benutzt wurden. Die gesamte nationalsozialistische Fraktion drängte in wenigen Minuten mit Stühlen, die auf die Kommunisten geworfen wurden, die kommunistische Fraktion aus dem Saale. Zahlreiche Abgeordnete blieben blutüberströmt liegen und wurden aus dem Saale getragen. Als sich der Saal leerte, stimmte die vollzählig anwesende nationalsozialistische Fraktion das Horst Wessellied an, in das ein großer Teil der Tribünenbesucher einstimmte.

Der Plenarsitzungssaal bot nach dem Zwischenfall ein Bild starker Verwüstung. Er glich dem Schauplatz einer wilden Saalschlacht. Schwere Ledersessel lagen zerbrochen und zerfetzt herum. Teile der Beleuchtungsanlage für die Stenographen fanden sich 20 Meter entfernt vom Platz der Stenographen zerschmettert am Saalausgang der Kommunisten. Verhältnismäßig schwer verletzt sind nach den bisherigen Ermittlungen bei der Schlägerei der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Abg. Jürgensen sowie die kommunistischen Abgeordneter Krämer-Niederschöneweide, Kuntz und Gohlke. Jürgensen mußte bewußtlos aus dem Sitzungssaal getragen werden. Der Abgeordnete Krämer kam wenige Minuten nach der Schlägerei mit völlig verbundenem Kopf wieder in den Sitzungssaal; durch den Verband floß ihm noch das Blut über das Gesicht. Er rief zu den Nationalsozialisten, die zum Teil noch in ihrem Ausgang auf der Rechten des Hauses sich befanden: „20 für einen! Das sollt Ihr uns büßen!" Der Präsident hatte bereits unmittelbar nach dem Beginn der Schlägerei seinen Platz verlassen, womit die Sitzung geschlossen war. Die Fraktionen traten sofort zu kurzen Beratungen zusammen.

Parteienerklärungen

zur Schlägerei im Preußen-Landtag

Die nationalsozialistische Fraktion

gibt über die Vorgänge eine umfangreiche Erklärung heraus. Die Kommunistische Partei habe es offenbar auf eine bewußte Provokation der nationalsozialistischen Fraktion abgesehen. Abschließend erklärt dann die Fraktion, daß sie durch ihr diszipliniertes Auftreten in der Dienstag- und Mittwochsitzung bewiesen habe, daß sie den Preußischen Landtag arbeitsfähig erhalten wolle. Als man aber den Fraktionsgeschäftsführer Hinkler ohne jeden Anlaß mitten ins Gesicht schlug, sei der Fraktion nichts anderes übrig geblieben, als zur Notwehr gegen den organisierten schweren Landfriedensbruch der marxistischen Fraktionen zu greifen. Die Fraktion unterbreitet das Urteil darüber getrost der deutschen Oeffentlichkeit. Jeder rechtlich denkende Deutsche werde Verständnis dafür haben, daß die größte Fraktion, die es im Landtag je gegeben habe, beim Versagen aller anderen Mittel ebenso verfahre, wie jeder deutsche Mann, wenn er grundlos von einem Raufbold tätlich angegriffen werde. Die Fraktion erklärt zum Schluß: Die Zeiten, in denen man eine Bewegung, die sich nur die Wiedergeburt des deutschen Volkes und die Reform der deutschen Nation an Haupt und Gliedern zum Ziele gesetzt hat, ohne daß sie sich dagegen wehren konnte, beleidigen und tätlich angreifen konnte, sind endgültig vorbei. Die NSDAP. ist entschlossen, nur mit gesetzmäßigen Mitteln die Macht und die Verantwortung an sich zu nehmen. Wo man ihr aber auf diesem Wege Gesetzlosigkeit und Gewalt entgegensetzt, da ist sie ebenso entschlossen und bereit, unter Inanspruchnahme der gesetzlich zulässigen Notwehr die Gesetzmäßigkeit ihres Handelns sicherzustellen. Dies ist um so notwendiger, als nach den Vorfällen von einem sozialdemokratischen Abgeordneten erklärt wurde, das nächste Mal würde die SPD. Pistolen mitbringen.

Die kommunistische Fraktion

erklärt, im Aeltestenrat habe der Zentrumsführer Steger gesagt, die gesamte Zentrumsfraktion habe in ihrer vorausgegangenen Sitzung einmütig ihre stärkste Erregung über das Verhalten der Nationalsozialisten zum Ausdruck gebracht, die die eigentlichen Urheber des Kampfes seien, indem sie gegen den kommunistischen Redner auf der Tribüne vorgedrungen seien, um ihn anzugreifen. Es sei verständlich, wenn die Kommunisten ihnen entgegentraten, um ihren Redner zu schützen. Demgegenüber habe im Aeltestenrat der sozialdemokratische Vertreter den Kommunisten die Schuld zuschieben wollen mit der Behauptung, ein Kommunist habe zuerst geschlagen, und auch der Zuruf wegen dem „Fememörder Schulz" sei nicht von Sozialdemokraten, sondern von Kommunisten gemacht worden. Aber der sozialdemokratische Vertreter habe bestätigen müssen, daß die Nationalsozialisten den Angriff auf den kommunistischen Redner Pieck mit dem Ruf „Raus, holt den Hund herunter!" eingeleitet hätten. Die Erklärung der kommunistischen Fraktion sagt dann noch, daß die Kommunisten sofortige Wiederaufnahme vor der Oeffentlichkeit verlangt hätten im Interesse ihrer Anträge zugunsten der Erwerbslosen. Das sei aber von Nationalsozialisten und Sozialdemokraten abgelehnt worden.

Die sozialdemokratische Fraktion

hat die folgende Erklärung bekanntgegeben: „Die sozialdemokratische Landtagsfraktion verurteilt aufs schärfste die brutalen Roheitsausschreitungen, deren Schauplatz der Preußische Landtag gewesen ist und deren Opfer auch unser völlig unbeteiligter Fraktionssekretär Jürgensen geworden ist. Die Schuld an den blutigen Zusammenstößen tragen in gleichem Maße die Nationalsozialisten wie die Kommunisten, die Nationalsozialisten durch planmäßige Herausforderungen und Bedrohung des kommunistischen Redners, die Kommunisten durch Führung des ersten Schlages. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion erhebt aufs schärfste Einspruch gegen die Raufboldmanieren der extremen Parteien und fordert unbedingte Sicherstellung der Freiheit und Gewaltlosigkeit der Verhandlungen der Volksvertretung."

*

Polizei unerwünscht

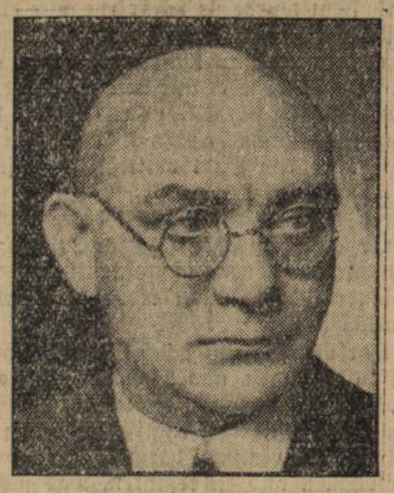
Berlin, 26. Mai. In der Sitzung des Aeltestenrates des Preußischen Landtages, die nach der Saalschlacht stattfand, gaben Nationalsozialisten und Kommunisten eine Erklärung ab, daß ihnen an der Klärung der Schuldfrage nichts gelegen sei und daß sie ein Eingreifen der Polizei nicht wünschten. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie angesichts der Verwundung des Abgeordneten Jürgensen sich nicht damit abfinden könnten. Eine ähnliche Erklärung wurde vom Zentrum abgegeben. Beschlüsse wurden vom Aeltestenrat nicht gefaßt. Der Aeltestenrat wird am 1. Juni eine neue Sitzung abhalten, um sich nochmals mit der Angelegenheit zu befassen. Die nächste Plenarsitzung findet am 1. oder 7. Juni statt.

*

Preußischer Landtagspräsident Kerrl (NS.)

Berlin, 25. Mai. Im preußischen Landtag wurden bei der Wahl des Landtagspräsidenten 416 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Kerrl (NS.) 262 Stimmen, Wittmaack (S.) 92 Stimmen, Kasper (K.) 55 Stimmen. Nicht gültig waren 7 Stimmen. Gewählt ist also Abg. Kerrl (NS.), der die Wahl unter starkem Beifall der Rechten annahm und sofort das Präsidium übernahm.

Kerrl, Landtagspräsident.



Ernst Wittmaak, 1. Vizepräsident.

Zum ersten Vizepräsidenten wurde Wittmaack (S.) mit 167 Stimmen gewählt. Die Mehrheit der Nationalsozialisten hatte sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten wurde Abg. Baumhoff (Z.) mit 354 Stimmen gewählt. Dritter Vizepräsident wurde Abg. v. Kries (Dn.). Die Sozialdemokraten hatten sich an der Wahl nicht beteiligt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Wird Hindenburg unterzeichnen?

Staatssekretär Dr. Meißner weilt in Neudeck, um dem Reichspräsidenten einen Zwischenbericht über den Stand der Kabinettsarbeiten zu erstatten. Der Reichspräsident wird am kommenden Samstag oder Sonntag nach Berlin zurückkehren. An der endgültigen Fertigstellung der Notverordnung, über die abschließenden Beratungen, die nun wieder aufgenommen wurden, muß der Kanzler persönlich teilnehmen, und weil man in Regierungskreisen mit der technischen Fertigstellung des Notverordnungswerkes erst für Freitag rechnet, bleibt ohnehin kein genügender zeitlicher Spielraum mehr für eine Kanzlerreise nach Neudeck.

Die Schwierigkeiten, denen sich Brüning bei der Fertigstellung der neuen Notverordnung gegenübersteht, liegen aber nicht nur auf gesetzestechnischem Gebiete, sie sind auch **in nicht unerheblichen Spannungen innerhalb der Regierung selbst** zu suchen. Es bestehen Differenzen zwischen dem **Reichsarbeitsminister** und dem **Ostkommissar** in der Siedlungsfrage. Weiter verlautet aber, daß auch zwischen dem Ostkommissar Schlange-Schöningen und dem Reichsernährungsminister Schiele mehrfach Meinungsverschiedenheiten entstanden sein sollen, die offenbar auch Veranlassung zu den Rücktrittsgerüchten Schieles gegeben haben. Weitere Differenzpunkte sind in den sozialen Einschränkungen zu erblicken, die grundsätzlich vom Kabinett bereits beschlossen worden sind. Die hier entstandenen Spannungen betreffen vor allem das Verhältnis zwischen dem Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald und dem Reichsfinanzminister Dietrich. Endlich sind noch sachliche Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kanzler und dem General von Schleicher entstanden.

Unter diesen Umständen kommt der für Anfang nächster Woche einstweilen in Aussicht genommenen **Aussprache zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler naturgemäß erhöhte Bedeutung zu.** Wie aus Berlin berichtet wird, soll Dr. Brüning dem Reichspräsidenten vorschlagen, den sachlichen Komplex der neuen Notverordnung zugleich mit der **personellen Umbildung der Reichsregierung** zu erledigen. Die Frage ist aber eben, **ob der Reichspräsident sich wird entschließen können, eine Notverordnung mit dem bekannten Inhalt zu unterfertigen und zu verkünden.** Gewisse Anzeichen lassen darauf schließen, daß Hindenburg angesichts des einmütigen Widerspruchs, den die geplanten Maßnahmen in der politischen Oeffentlichkeit bereits gefunden haben, keine große Bereitschaft zeigt, seine Unterschrift unter das Werk zu setzen. Auf jeden Fall wird in Berliner politischen Kreisen die Frage lebhaft erörtert, zu welchen Konsequenzen die Ablehnung der Unterschrift durch Hindenburg führen kann. Es sei in diesem Zusammenhang übrigens auch vermerkt, daß die **Beschäftigtensteuer im Kabinett selbst auf erheblichen Widerspruch gestoßen ist.** Von einem einmütigen Votum der Reichsregierung in dieser Frage kann jedenfalls nicht die Rede sein.

Nach der personellen Seite hin sind so ziemlich alle Fragen noch offen. Die Persönlichkeit des künftigen **Wirtschaftsministers** steht zur Zeit ebensowenig fest, wie der Nachfolger **Gröners** im Reichswehrministerium. Bisher ist lediglich soviel bekannt, daß Brüning selbst an den General Hasse denkt, mit dem aber hierüber noch keinerlei Besprechungen aufgenommen worden sind, da Hasse sich zur Zeit auf einer Dienstreise befindet. General von **Schleicher** kommt für den Posten des Wehrministers in einem Kabinett Brüning sicherlich nicht in Frage. Einige Blätter glauben auch zu wissen, daß die von Brüning betriebene **Ernennung Gröners zum Reichsinnenminister,** die aus formalen Gründen notwendig wäre, in sehr maßgebenden Kreisen noch beträchtlichem Widerstand begegnet.

*

Dr. Meißners Besuch in Neudeck

Der Zusammenhang zwischen Reich und Preußen

Berlin, 26. Mai. Wie wir erfahren, ist Staatssekretär Dr. Meißner wieder in Berlin eingetroffen. Er hat dem Reichspräsidenten in Neudeck eingehend Vortrag gehalten über die vom Kabinett vorbereitete **Notverordnung** und die **politische Situation** überhaupt, wie sie sich in Berlin während Hindenburgs Abwesenheit gestaltet hat. Diese Besprechung in Neudeck ist als ein Zwischenbericht und als Vorbereitung der Aussprache zu werten, die der Kanzler, voraussichtlich am Sonntag oder Montag, in Berlin mit dem Reichspräsidenten haben wird, in der der ganze Fragenkomplex geklärt werden soll, der mit der Notverordnung und der Stellung des Kabinetts Brüning zusammenhängt. Es liegt auf der Hand, daß der Reichspräsident sich zunächst im einzelnen über die Notverordnung unterrichten und seine eigene Auffassung zum Ausdruck bringen wird, bevor er sich über seine Unterschrift entschließt. Ebenso selbstverständlich ist es, **daß die grundsätzlichen und personellen Fragen der Reichspolitik vor der Reparationskonferenz geklärt werden müssen,** weil in Lausanne nur ein Kanzler und Außenminister auf Erfolg rechnen kann, der mit aller verfügbaren Autorität auftritt.

Zweifellos können nach Auffassung politischer Kreise die Vorgänge im preußischen Landtag nicht ohne Einfluß auch auf die Entwicklung im Reiche bleiben. In Preußen haben sie zunächst die Wirkung gehabt, daß die **Bereitschaft des Zentrums zu Koalitionsverhandlungen mit den Nationalsozialisten sehr stark geschwunden ist.** Sollten sich die gestrigen Vorgänge am nächsten Mittwoch wiederholen, so ist an ein parlamentarisches Arbeiten im preußischen Landtag überhaupt nicht zu denken und es würde gewiß der Gedanke neue Nahrung gewinnen, das preußische Problem von der Seite der Reichsreform her anzufassen. Daraus schon ergibt sich der Zusammenhang zwischen der Reichspolitik und der preußischen Entwicklung. Er wird noch eklatanter durch die kommunistische „Aktion", die nicht nur im preußischen Landtag, sondern mit Erwerbslosendemonstrationen und Unruhen in einer größeren Anzahl von Städten im Reich eingesetzt hat. Daß gerade in einem solchen Moment augenfälliger Bürgerkriegserscheinungen eine starke Reichsgewalt unter allen Umständen erforderlich ist, dürfte selbstverständlich sein, und man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß dieser Gesichtspunkt in der Aussprache zwischen dem Kanzler und dem Reichspräsidenten eine nicht unwesentliche Rolle spielen wird.

Deutschland unterzeichnet das vorläufige Schuldenrückzahlungsabkommen

T.U. **Washington,** 26. Mai. Der deutsche Botschafter von Prittwitz unterzeichnete im Schatzamt die Schuldscheine für die durch das Moratoriumsjahr gestundeten Beträge in Höhe von sechs Millionen Dollar. Die Schulden sind innerhalb von zehn Jahren zurückzuzahlen. Finnland und Griechenland haben gleichfalls schon unterschrieben. Die übrigen Länder dürften in der nächsten Woche folgen.

Die Deutschnationalen an Hindenburg

Die **Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg ein Telegramm** gesandt, in dem es u. a. heißt:

Nachdem unter mißbräuchlicher Anwendung der Geschäftsordnung des Reichstages und entgegen den Vorschriften der Verfassung am 12. Mai eine Unterbrechung der Reichstagsverhandlungen stattgefunden hat, hat die deutschnationale Reichstagsfraktion die Einberufung des Reichstages auf Grund des Artikels 24 der Reichsverfassung gefordert. Der Reichstagspräsident hat die Einberufung des Reichstags abgelehnt. Weite Teile des deutschen Volkes erblicken in dieser Ablehnung, die sich mit der Auffassung des Staatsgerichtshofes in krassen Widerspruch setzt, einen Beweis dafür, daß selbst die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte heute in Deutschland nicht gesichert sind und daß an die Stelle des Rechts heute die Willkür der politischen Mehrheit getreten ist.

Die Vertretung des deutschen Volkes ist wiederum auf unabsehbare Zeit rechtswidrig ausgeschaltet und nicht in der Lage, zu den Plänen Stellung zu nehmen, die die Reichsregierung neuerlich verfolgt. Die Mitteilungen über die von der Regierung geplanten **neuen Notverordnung** lassen erkennen, daß die Reichsregierung **entgegen den wiederholten feierlichen Erklärungen dem deutschen Volke in allen seinen Schichten neue untragbare Lasten auferlegen und damit die Lebenshaltung des deutschen Volkes weiter in verhängnisvoller Weise herabdrücken will.** Auch der Landwirtschaft im Osten drohen nach unserer Kenntnis neue Gefahren durch Pläne der Reichsregierung, die eine große Zahl ostdeutscher Besitzer der Enteignung ohne Rechtsschutz ausliefern würden. Wir machen in aller Ehrerbietung darauf aufmerksam, daß solche Pläne, in die Tat umgesetzt, in den breiten Volksmassen die schon vorhandene Verzweiflung in einem Maße steigern muß, daß sie sich unter Umständen in Formen Luft macht, die kein Vaterland liebender Deutscher bei der jetzigen gespannten Lage wünschen kann.

An Sie, hochzuverehrender Herr Reichspräsident, richten wir die eindringliche Bitte, bei dieser Lage der Dinge der Regierung die Verantwortung für derartige Maßnahmen nicht durch Unterzeichnung von Notverordnungen abzunehmen, sondern die Reichsregierung auf den Weg der Beschlußfassung durch die gesetzgebenden Instanzen zu verweisen. Wir erlauben uns, in diesem Zusammenhang auf den Artikel 24 der Reichsverfassung Bezug zu nehmen, der dem Reichspräsidenten die Befugnis gibt, von sich aus die Einberufung des Reichstages herbeizuführen.

*

Der Reichsbund der höheren Beamten an Hindenburg

Berlin, 25. Mai. Der Reichsbund der höheren Beamten hat in einem Telegramm an den Reichspräsidenten zu den bekanntgewordenen Mehrbelastungen Stellung genommen, die durch eine neue Notverordnung auferlegt werden sollen und den Charakter einer „Sonderabgabe" tragen würden. Der Reichsbund stellt in seinem Telegramm fest, daß derartige Mehrbelastungen zu den „vor der Reichspräsidentenwahl und den Länderwahlen mehrfach abgegebenen Erklärungen leitender Staatsmänner" im Widerspruch stehen würden.

Ministerpräsident Braun bleibt vorläufig

Bei den politischen Besprechungen über Preußen war in der letzten Zeit wiederholt erklärt worden, Ministerpräsident Braun habe nicht die Absicht, als geschäftsführender Regierungschef weiter zu amtieren. Wie dem Nachrichtenbüro des V.d.Z. erklärt wird, hatte der Ministerpräsident in Konsequenz dieser Auffassung beabsichtigt, bereits heute seine Amtstätigkeit einzustellen. Inzwischen hatten jedoch die maßgebenden Parteiinstanzen der SPD. beschlossen, jede Handlung, auch eine negative, zu unterlassen, die geeignet wäre, den Nationalsozialisten zur Macht zu verhelfen. Ministerpräsident Braun werde sich der Parteidisziplin fügen und die geschäftsführende Leitung des Kabinetts weiterhin ausführen. Man sagt, daß das **Zentrum wie in Württemberg so auch in Preußen nicht gewillt sein dürfte, den Nationalsozialisten die bedeutendsten staatlichen Machtmittel, vor allem die Polizei, in die Hand zu geben.** Daraus ergebe sich, daß die Regierungsverhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum nur dann Aussicht auf Erfolg haben könnten, wenn die Nationalsozialisten dem Zentrum die Position des Ministerpräsidenten und des Innenministers zugestehen würden. Ob es zu einer solchen Vereinbarung kommt, sei abzuwarten. Komme eine Einigung zustande, **dann dürfte die Entscheidung im Herbst fallen.** In der Zwischenzeit hänge alles davon ab, was die Reichsregierung in zwei Punkten erreiche: auf der Lausanner Reparationskonferenz und in bezug auf die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit.

Eine Wahlrede Hitlers

Oldenburg, 25. Mai. Adolf Hitler sprach in Rodenkirchen vor schätzungsweise 20 000 Personen. Die Grundgedanken der Rede waren etwa die gleichen wie in den Oldenburger Rede. Hitler brachte aber gestern eine Reihe Formulierungen in erweiterter Form. Die Nationalsozialisten würden nach einem Siege sich nicht gleich in eine Koalition mit anderen Parteien stürzen. Sie kämpften nicht um etwa in Oldenburg einen oder in Preußen zwei oder mehr Ministersitze zu erlangen. Wir kämpfen nur, so sagte Hitler, um das Volk zu erobern und wir werden noch weiter kämpfen, bis wir den letzten Proletarier gewonnen haben. Wenn aber jemand mit Gewalt Widerstand leisten sollte, so werden wir diesen Widerstand brechen. Die Macht, die unsere Fahnen erobert haben, kommt von unseren Fahnen nicht wieder weg. Hitler ging dann auf die Einstellung der Deutschnationalen ein. Er erklärte: Die Deutschnationalen wenden sich gegen jede Art von Sozialismus. Wenn ein deutschnationaler Parteiführer sagt, er lehne den Sozialismus ab, so sage ich Ihnen, hochverehrter Herr Geheimrat, ebenso gut können Sie sagen: „Ich lehne den Mond ab." Weiter wandte sich Hitler gegen den bürgerlichen Nationalismus schlechthin, dessen Gedanken höchstens bis zu einer Diktatur Primo de Riveras in Spanien gingen. Allerdings habe man heute in Deutschland ja schon eine Diktatur. Es sei bezeichnend, daß Brüning gesagt habe, seine Regierung stände fest, da Reichswehr und Polizei fest hinter ihr ständen. Dies sei eine schlechte Empfehlung für die Außenpolitik. Er, Hitler, würde nur sagen: ich regiere, weil das Volk hinter mir steht. Reichswehr und Polizei dürfen nur Ausdruck der ganzen Volkskraft sein und dem Schutze des Volkes dienen. Allein sei ihre Kraft nur begrenzt.

Sturmkatastrophe in Indien

1000 Häuser niedergebrannt

Peschawar, 25. Mai. Während eines heftigen Sandsturmes kam in einem Hause des Bezirkes Charasaida Feuer aus. Der Sturm trug die Flammen sofort auf die umliegenden Gebäude weiter. In kurzer Zeit war ein Riesenbrand entstanden, der etwa 1000 Häuser und Läden zerstörte.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[17

Ellinor ärgerte sich über sich selbst. Wie dumm sie sich nur benahm! Jetzt wurde sie sogar rot, wie ein Backfisch. Sie würde sich selbst verraten durch ihr albernes Gebaren.

Aber — es war auch zu lästig, daß dieser Amerikaner sie immerzu fixierte. Was er nur von ihr wollte?

Mit Gewalt zwang sich Ellinor endlich zur Ruhe, widmete sich eingehend ihrem Frühstück. Sie blieb noch sitzen, als ihr Gegenüber den Saal verließ. Jetzt schmeckte ihr alles noch einmal so gut.

Als Ellinor das Promenadendeck betrat, herrschte dort das Treiben, das allen großen Ozeandampfern gemeinsam ist. Die Passagiere bestanden hauptsächlich aus Holländern und Amerikanern, denen man meist die Wohlhabenheit schon von weitem ansah.

Ellinor war mit sich einig, sich Bekanntschaften soweit als möglich zu entziehen, und es schien auch, als ob man den jungen, stillen Mann nicht weiter beachten würde.

In Plymouth waren neue englische Zeitungen an Bord gekommen. Ellinor brannte darauf, eine davon in die Hand zu bekommen und zu erfahren, was sich weiter ereignet hatte.

Bald saß sie in einem bequemen Stuhle und schlug eine der Zeitungen auf. Kaum hatte sie zu lesen begonnen, als sie mit einem leisen Wehlaut in sich zusammensank.

Dann richtete sie sich mühsam auf. Sie konnte jetzt keine Menschen um sich ertragen, sie mußte allein sein, irgendwo in einer Ecke des Schiffes, mußte noch einmal lesen ...

Taumelnd fast schritt sie die Treppe zum Bootsdeck empor, fand einen abseitigen Platz, hinter einer Schotte, auf zusammengerollten Tauen und Segeltuch.

Sie kauerte sich zusammen, stöhnte unterdrückt vor sich hin.

Mütterchen Hastings ... ihre Wohltäterin ... die Hüterin ihrer Kindheit ... sie war tot ... ihre Flucht hatte sie getötet ... welch grauenvolles Geschick! Und damit war es noch nicht genug ... sie sollte Frau Hastings bestohlen haben ... wurde eine abgefeimte Diebin genannt ... eine kaltblütige Verbrecherin, die ihre Wohltäterin um ihre letzten Spargroschen gebracht hatte ...

War es denn möglich? Gab es so etwas Fürchterliches?

Warum tat sich die Erde nicht endlich auf, sie zu verschlingen? Wie sollte sie jetzt dieses grauenvolle Leben weiter ertragen?

Sie, die niemals irgend etwas Schlechtes begangen hatte, und die jetzt mit Schimpf und Schande bedeckt war, auf der ein Fluch zu ruhen schien!

In sich zusammengesunken, hockte sie in ihrem Winkel, verzweifelt und am Ende ihrer Kraft. Haltlos schluchzte sie vor sich hin, die Tränen liefen unaufhörlich über ihre Wangen. Sie sah und hörte nichts von dem, was um sie her vorging. Sie achtete auch nicht auf den Mann, der jetzt auf sie zukam, sie plötzlich gewahrte und betroffen stehenblieb.

„Hallo! Boy, what is?"

Ellinor fuhr zusammen und blickte auf. Sah fassungslos in das Gesicht des Mannes, dessen Aufmerksamkeit ihr im Frühstückszimmer gegolten hatte.

„Was ist denn los, mein Jungchen? Hast wohl plötzlich Heimweh bekommen nach der Mutter? Reut es dich schon, den Flug in die Welt begonnen zu haben?"

Ein wenig spöttisch sah er auf sie herab, während er das alles fragte.

Ellinor schluchzte noch mehr. Sie konnte nicht antworten, konnte diese spöttische Stimme nicht ertragen. Mit einem wehen Blick sah sie einen Augenblick auf.

Der Spott verschwand aus den Zügen des Mannes. Das hier schien echter Schmerz zu sein, vielleicht, daß er helfen konnte.

„Gestatten Sie, mein junger Herr, daß ich mich ein wenig zu Ihnen setze. Verzeihen Sie mir die dummen Worte von vorhin, aber es berührte mich eigenartig, als ich einen jungen Mann weinend vor mir sitzen sah. Es scheint indes, als ob Ihnen wirklich etwas Schlimmes passiert ist. Aber, Kopf hoch, ich will versuchen, Ihnen zu helfen. Ich möchte Ihr Freund sein, Ihr Vertrauen erringen."

Zögernd sah Ellinor zu dem Manne auf, sah das ernste Gesicht, den teilnehmenden Augenausdruck, legte spontan ihre Hände in die des Amerikaners.

„Sie gefallen mir, junger Mann. Ich weiß nicht — warum. Aber es ist mir, als ob Sie mein Bruder wären. Sie kommen mir vor wie ein Kücken, das zu früh sein Nest verlassen hat und jetzt nicht weiß, was es anfangen soll!"

Wehmütig lächelnd sah Ellinor zu ihm auf.

„Oh, nein, mein Herr. Ich war eigentlich nie in einem wohlbehüteten Nest. Das Leben hat mich schon früh in seine scharfe Hand genommen und mich alle Bitterkeit auskosten lassen."

„Oh! Armer Kerl!"

Der Amerikaner nickte vor sich hin. Dem da war es also ähnlich ergangen wie ihm selbst.

„Sind Sie Engländer?"

„Geborener Engländer."

Ellinor hätte sich beinah verschnappt; im letzten Moment erst gelang es ihr, die verräterische Endsilbe zu verschlucken.

Schnell fuhr sie dann fort:

„Aber ich habe die letzte Zeit ganz in Frankreich gelebt."

„Und Ihre Eltern?"

„Ich habe sie nie gekannt; nur meine Pflegemutter — und die ist jetzt auch tot. Ihr galten vorhin meine Tränen."

Mühsam verschluckte Ellinor die von neuem aufsteigenden Tränen, ohne das Weinen ganz verhindern zu können.

„Verzeihen Sie, Herr — ich kann nicht anders."

„Weinen Sie immerzu, das ist das Beste. Sie haben diese Pflegemutter wohl sehr lieb gehabt?"

(Fortsetzung folgt.)